

Betriebsräte-Zeitschrift

für Funktionäre der Metallindustrie

Der Reichsverband gibt die Richtlinien der Politik...

Lothar Sender (Berlin)

Verfassungsgemäß soll es der Reichskanzler sein, der zusammen mit den Regierungskollegen die Richtlinien der Politik bestimmt. Und der Reichstag soll dann durch den Ausdruck seines Vertrauens oder Mißtrauens die Fortführung oder die Änderung dieser Politik herbeiführen. Nun kann zwar nicht geleugnet werden, daß es den großen Geldmitteln der Industrie noch immer gelingt, ihrer wirtschaftlichen Macht in den Parlamenten eine Geltung zu schaffen, die weit hinausgeht über die zahlenmäßige Macht der Industriellen; aber das konnte doch nicht verhindern, daß das Klassenbewußtsein der Arbeiter und Angestellten wuchs und dadurch die Arbeiterparteien zu wachsendem Einfluß gelangten. Das Vorhandensein einer starken, vom Klassenbewußtsein getragenen Vertretung im Parlament zwingt aber auch jene bürgerlichen politischen Parteien, die in ihrer Gefolgschaft eine beachtliche Arbeiterschicht mustern, auf das proletarische Interesse etwas größere Rücksicht zu nehmen, wollen sie nicht riskieren, auch diese noch an den Sozialismus zu verlieren.

Da erwacht die Besorgnis des Unternehmertums. Es geht ihm nicht in erster Linie um die Form des Staates, um so mehr aber um seinen Inhalt. In einer vorangegangenen Serie über die Finanzreform ist an dieser Stelle bereits darauf verwiesen worden, in welcher systematischer Weise die öffentliche Meinung in diesen letzten Monaten beeinflusst worden ist, um die zu erwartenden Regierungsmaßnahmen möglichst in die Richtung des Unternehmerinteresses zu treiben. Diesem Vorgeplänkel ist nunmehr der konzentrierte Angriff der Zentralorganisation des Unternehmertums gefolgt, des Reichsverbands der deutschen Industrie. Daß damit die Ausübung einer hinter den politischen Parteien stehenden Diktatur beabsichtigt war, beweist das Zusammentreffen verschiedener Umstände. Zunächst kommt das Pamphlet des Reichsverbands mit dem Motto „Aufstieg oder Niedergang“ juist zu einem Zeitpunkt heraus, da das Reich in großen Schwierigkeiten sich befindet und zur Ergreifung dringlicher Maßnahmen um seines Ansehens und seiner Existenz willen genötigt ist.

Das war der erste Pfeil aus dem Köcher. Der zweite folgte ihm alsbald, abgeschossen von dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht, der in seinem „Memorandum zum Youngplan“, gerichtet an die Reichsregierung, aber vor Überreichung an die Regierung bereits den Zeitungen zugesandt, in anmaßender, diktatorischer Weise Anklagen erhob und Forderungen aufstellte, hinter denen man allzu deutlich die Wünsche der Industrie fühlte.

Und schließlich der dritte Pfeil! Bei seiner vor mehreren Wochen ab-

gehaltenen ordentlichen Tagung hatte der Reichsverband der deutschen Industrie eine außerordentliche Tagung im Dezember in Aussicht genommen in der Absicht, alsdann zum Youngplan Stellung zu nehmen. Nun aber trat die Versammlung des Reichsverbands just an dem gleichen Tage zusammen, an dem im Reichstag die Regierung ihr Finanzprogramm vorlegte — und der Youngplan wurde überhaupt nicht erörtert, dagegen sehr weitgehende Forderungen des Unternehmertums zu den schwebenden finanziellen und politischen Fragen erhoben. Die Wirkung dieses Schrittes zeigte sich denn auch praktisch, indem der Geist der Rücksichtslosigkeit und des Scharfmacher-tums einen nicht unerheblichen Teil einer Regierungspartei, der Deutschen Volkspartei, erfaßte und diesen veranlaßte, im Plenum des Reichstags gegen die eigene Regierung zu stimmen.

Der Ernst der Lage war allen verantwortungsbewußten Menschen auch ohne die Unternehmernotizen hinreichend bekannt. Aber wir wissen auch, daß er zum Teil von ihnen mitverschuldet ist. Was bedrückt uns? Die miserable Finanzlage des Reiches und der Gemeinden, die Schwierigkeiten der Kapitalbeschaffung. Die Quellen der schlechten Finanzlage aber reichen zurück bis in die Bürgerblodregierung, als man Anleihen bewilligte, aber dann nicht genügend Zeichnungen dafür bekam; da indessen die Ausgaben bewilligt und vorgenommen waren, entstand ein großes Loch, das nun die Jahre mitgeschleppt werden mußte. Hinzu trat ein weiterer wichtiger Umstand: Die Regierung hatte zu Beginn des laufenden Haushaltsjahres einen Etat vorgelegt, den sie durch neue Steuern auszugleichen vorschlug. Die bürgerlichen Parteien aber wollten keine neuen Steuern und erreichten, daß eine Verständigung herbeigeführt wurde, nach der man dadurch ohne neue Steuern auszukommen glaubte, daß man eine Reihe von Streichungen vornahm und einige Einnahmeposten höher einsetzte. Das Resultat aber war, daß die Streichungen sich zum Teil als fiktiv herausstellten und daß insbesondere die Einnahmen nicht in der angelegten Höhe hereinkamen. Erfolg: Ein neues Defizit auch im laufenden Etatsjahre.

Wenn die Regierung sich auf die Preisgabe ihres Etats eingelassen hat, so war dies vielleicht verständlich aus der Erwägung, daß gerade die Verhandlungen zur Erleichterung der Reparationslast eingeleitet waren und in diesem Augenblick eine Regierungskrise wegen ihrer schwerwiegenden Folgen von ihr als schwer zu verantworten geglaubt wurde.

Was aber die Frage der Schwierigkeit der Kapitalbeschaffung anbelangt, so war diese nur zum Teil durch die Spannung auf dem in- und ausländischen Kapitalmarkt verursacht. Das gilt insbesondere vom Kapitalbedarf der öffentlichen Hand. Wollen Reich, Länder und Gemeinden Auslandsanleihen aufnehmen, so muß bekanntlich vorher die Zustimmung der sogenannten „Beratungsstelle“ vorliegen, in der Herr Dr. Schacht ein gewichtiges Wort mitzureden hat. Herr Dr. Schacht aber hat sich als offener Gegner der Inanspruchnahme des ausländischen Kapitalmarktes durch die öffentlichen Körperschaften, speziell die Gemeinden bekannt, und hat so mancher Kommune die Erlangung relativ billigen Auslandsgeldes abgeschnitten. Resultat: Verknappung der Kapitaldecke in Deutschland. Zum Teil haben die Gemeinden sich durch Aufnahme kurzfristiger teurer Gelder auf

dem inländischen Kapitalmarkt geholfen, damit die Nachfrage und somit den Preis (Zinsfuß) erhöht und das inländische Kapitalangebot verknappt.

Dies alles muß man sich vor Augen halten, wenn man an die Betrachtung der „Denkschrift des Reichsverbands der deutschen Industrie“ herantritt.

In seiner kritischen Einleitung wirft der Reichsverband der öffentlichen Wirtschafts- und Finanzpolitik vor, daß sie fortgesetzt Kompromisse mit dem Sozialismus geschlossen und viel zu große Teile des Volkseinkommens für öffentliche Zwecke, insbesondere zur Ausweitung der staatlichen Fürsorge aufgewandt habe. Damit ist wohl der Kern der Ziele des Reichsverbands aufgezeigt. Nicht die Form, aber das Wesen des Staates soll grundsätzlich umgewandelt werden. Darum wendet sich der Reichsverband mit aller Schärfe gegen den Gedanken der Wirtschaftsdemokratie und gegen das staatliche Schlichtungswesen. Die besorgniserregende Entwicklung des deutschen Arbeitsmarktes aber wird nicht erklärt durch ihre wahren Ursachen, nämlich den Prozeß der Rationalisierung, der sich noch nicht in der notwendigen Weise durch Senkung des deutschen Preisniveaus (als Folge der Senkung der Selbstkosten der Produktion) ausgewirkt hat, sondern sie wird zurückgeführt — auf die Sozial- und Finanzpolitik!

Der allgemeinen Einleitung schließen sich die Instruktionen in der Form von „Leitsätzen“ an, die der Reichsverband an die Parteien des Reichstags gibt, die in irgendeiner Weise an ihn gebunden sind.

Kapitalbildung nur in den Betrieben

In unserer Aufsatzreihe zur Finanzreform ist schon auf die planmäßige Kapitalbildungspropaganda dieser Kreise hingewiesen worden. So ist denn auch nicht verwunderlich, wenn der Reichsverband diese Frage an die Spitze stellt und in dieser Richtung recht deutlich wird. Der charakteristische Satz lautet: „Es genügt nicht, die Notwendigkeit der Kapitalbildung allgemein zu betonen, sondern es kommt auf die bevorzugte Pflege der Kapitalquellen an, die am sichersten und schnellsten Neukapitalbildung verbürgen.“ Ist damit schon gesagt, daß man auf die Bildung des Sparkassentkapitals, das zumeist vom kleinen Manne angesammelt wird, keinen besonderen Wert legt, so wird man noch deutlicher in der Erklärung, es müsse vor allem die Kapitalbildung gefördert werden, „die auf kürzestem und sicherstem Wege das neugebildete Kapital der Produktion zuführt.“ Und daß man mit dieser Art Kapitalbildung schließlich die Erzielung von Überprofiten im Auge hat, spricht der Satz aus: „Die Unternehmungen müssen über die Sicherung der Rentabilität hinaus Eigenkapital bilden können.“

Diese Art der von den Unternehmern erstrebten Kapitalbildung beabsichtigt neben dem wirtschaftlichen Ziel ein soziales. Die Kapitalbildung soll nämlich nur im Unternehmen des privaten Kapitals selbst erfolgen, nicht durch die Spartätigkeit breiter Schichten, auch nicht durch Kapitalbildung der öffentlichen Hand. Denn diese letztere würde naturgemäß eine gewisse Verschiebung des sozialen Schwergewichts von den Kreisen des privaten Kapitals hinweg zur Folge haben. Und diese soziale Wirkung ist es, die man bekämpft. Das wird noch deutlicher im zweiten Abschnitt „Staat und Wirtschaft“, der nichts ist als eine energische

Bekämpfung der öffentlichen Wirtschaft

Wie Fronie klingt es in den Ohren, wenn der Reichsverband das Prinzip der grundsätzlichen Anerkennung der Gewerbefreiheit aufstellt. Gegen wen richtet sich dieser Mahnruf? Etwa gegen die Kartelle und Syndikate, Trusts, die den schärfsten Kampf führen gegen den freien Wettbewerb der „Außen-seiter“? Gegen die Vernichtung der kleinen und mittleren Unternehmen durch die großen? Beileibe nicht! Es heißt vielmehr: „Die Betätigung der öffentlichen Körperschaften im Wirtschaftsleben muß sich auf die Aufgaben beschränken, die von der Individualwirtschaft nicht erfüllt werden können und sollen.“ Das bedeutet aus der absichtlich etwas mythisch gehaltenen Sprache in einfaches Deutsch übersetzt: Der öffentlichen Hand will man es gerne gestatten, ausgesprochene Pleiteunternehmungen zu halten, an der die „Individualwirtschaft“ doch nichts verdienen kann, im übrigen soll jedes profitversprechende Unternehmen geheiligtes Privileg des Privatkapitals werden! Da man aber weiß, daß dieses Endziel nicht im Handumdrehen zu erreichen ist, ebnet man den Weg zu diesem Ziel in der Forderung, daß die Unternehmungen der öffentlichen Hand in privatwirtschaftlicher Form betrieben werden müssen — in der Form also, in der am ehesten das Privatkapital seine „friedliche Durchdringung“ vornehmen kann.

In diese Gedankenreihe gehört logisch auch die Forderung nach Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung der Wohnungen; darum soll die jetzige Hauszinssteuer, die wenigstens noch zum erheblichen Teil dem Wohnungsbau dient, umgewandelt werden in eine allgemeine Mietssteuer, die lediglich als eine Steuerquelle für die Gemeinden gedacht ist.

Wie sehr die Forderung nach grundsätzlicher Gewerbefreiheit nur eine tendenziöse Floskel ist, offenbart der Reichsverband in seiner Stellungnahme zu den Kartellen, jenen Unternehmerinstrumenten gegen die Gewerbefreiheit. Er verlangt nämlich den Abbau der Kartellkontrolle und will durch Schaffung einer Berufungsinstanz für Urteile des Kartellgerichts die Tätigkeit dieses Gerichts illusorisch machen. Gegenüber dem Staate heißt es also „Gewerbefreiheit für die Wirtschaft“, aber der Verbraucher soll noch schutzloser dem Diktat der Monopole und Kartelle ausgeliefert werden!

Selbstredend bilden ein Kernstück die

Forderungen zur Sozialpolitik,

worin das bekannte Konzept in verschärfter Form wiederholt wird. Da die Grenzen der Leistungsfähigkeit erreicht resp. überschritten sei, fordert man die Revision der Sozialversicherung. Nur die wirklich Notleidenden und Schutzbedürftigen sollen betreut werden, eine unberechtigte, die Volksmoral schädigende Ausnutzung aber sei zu verhindern. Wir müssen das wiederum zur Verdeutlichung in schlichtes Deutsch übertragen; und da bedeutet es, daß in der Sozialversicherung nur durch die Arbeiterkraft selbst finanzierte Wohltätigkeit geübt, dagegen ein Rechtsanspruch nicht geschaffen werden soll. Das spricht man noch deutlicher aus in der Stellungnahme zur Erwerbslosenversicherung, von der man eine sofortige Umgestaltung des Gesetzes fordert. Ziel der Reform soll sein, „den Haushalt der Reichsanstalt durch weitere Ersparnisse ohne Erhöhung der Beiträge und ohne Inanspruchnahme öffent-

licher Mittel in ein dauerhaftes Gleichgewicht zu bringen". Das ist die brutale Forderung stärksten Abbaus.

Es soll zurückrevidiert werden in die Zeiten des Deutschen Kaiserreichs; darum auch entschiedene Ablehnung des Schlichtungswesens und der Verbindlicherklärung von Schiedsprüchen. Diese Verbindlicherklärung soll ausschließlich vorbehalten bleiben den „Gesamtstreitigkeiten in lebenswichtigen Betrieben“ — das heißt nichts anderes, als daß man des Mittels sich nur dann bedienen will, wenn man es gegen die Arbeiterschaft gebrauchen kann!

Am schroffsten freilich enthüllt sich der reaktionäre Charakter des Programms in dem Kapitel zur

Finanz- und Steuerpolitik

Wir wollen uns an dieser Stelle mit den Einzelheiten der Forderungen nicht beschäftigen, da wir diese Frage schon eingehend behandelt haben, doch muß erkannt werden Absicht und Wille, der sich hinter den Wünschen zur Finanzreform verbirgt, da er von eminenter Bedeutung für die sozialen Kämpfe der nahen Zukunft sein wird.

Wir wundern uns schon nicht mehr, wenn die Unternehmer trachten, die ganze Erleichterung, die der Youngplan für die deutschen Reichsfinanzen bringen soll, ausschließlich den Besitzenden zugute kommen zu lassen. Aber das genügt ihnen bei weitem nicht. Mit diesem Hebel soll vielmehr eine allgemeine Rückwärtsrevidierung verbunden sein. All das in zäher, unendlich mühevoller Arbeit von den Vertretern der arbeitenden Klasse in Kommunen und öffentlichen Körperschaften Aufgebaute soll rücksichtslos abgebaut, zerstört werden. Natürlich ist das Motto wie immer ein sehr „moralisches“ — der Zwang zur Sparsamkeit! Der Zwang zur Sparsamkeit, erhoben von Persönlichkeiten, die in ihrem ganzen Leben noch niemals erfahren haben, welch ein Druck zur Sparsamkeit auf dem steten Alltag eines Proletariers lastet, des Proletariers von heute, dessen Existenz noch größerer Unsicherheit ausgesetzt ist als je zuvor. Die Grundforderungen lauten:

a) wesentliche Senkung der öffentlichen Ausgaben und Steuern;

b) Beschaffung der Mittel, stärker als bisher, durch indirekte Besteuerung.

Woran soll gespart werden? Etwa an den für ein armes Land mit einer 100 000 Mann-Armee riesenhaften Ausgaben für Heer und Marine? Bezeichnenderweise ist davon kein Wortchen zu lesen. Und nach dem vorausgegangenen Programm kann denn auch keinerlei Zweifel darüber aufkommen, daß die Absicht klar dahin geht, die sozialen Wirkungen der Demokratie und des gleichen Wahlrechts wieder rückgängig zu machen. Darum auch die Verschiebung des Schwergewichts auf die indirekten Steuern, die für den Unternehmer herzlich wenig bedeuten, für die Nichtbesitzenden dagegen eine schwere Hemmung darstellen, so daß der Selbstverwaltung in der Erhöhung solcher Besteuerung selbstredend engere Grenzen gezogen sind. Aber das gerade will so der Kreis des Reichsverbands: Die demokratische Selbstverwaltung soll sich nicht populär machen, durch die Begrenzung der Besteuerungsmöglichkeiten in der Form, daß Gemeindebeschlüsse nicht zu Lasten für die tragfähigen Schultern, sondern zur Bedrückung der ärmeren Schichten führt, soll sich die Selbstverwaltung, die Demokratie unbeliebt machen

Über die Einzelheiten zu den Forderungen für die Finanzreform sei nur soviel gesagt, daß der ganze Steuerumbau nach dem Wunsch des Reichsverbandes ganz ausschließlich eine Begünstigung des Besitzes darstellen soll, nicht die geringste Erleichterung aber für die Arbeiter als Steuerzahler vorgesehen ist. So schonungslos brutal ist bisher allerdings keiner der vielen Programmausarbeiter gewesen!

Die Herren der Industrie gehen aufs Ganze! Sie wollen den Klassenkampf in vollster Schärfe. Darauf haben wir nur zu antworten: Wir sind bereit, den Handschuh aufzunehmen! Bereits haben die Vorstände des ADGB zusammen mit der Afa in ihrer Kundgebung diesen Bereitschaftswillen ausgesprochen. In dieser ernstesten Stunde aber sollte alles geschehen, um die kleintlichen Nörgeleien innerhalb des Proletariats beiseite zu lassen und alle Kräfte aufzubieten, damit der immerhin noch sehr starken Front aller Unternehmer und Unternehmerfreunde der starke undurchdringliche Wall des klassenbewußten Proletariats entgegengesetzt werden kann!

:::

:::

:::

Das Experiment des Bolschewismus

(v. Engelbert Graf (Dürrenberg))

Es ist sehr schwer, über Rußland und über die Resultate der bolschewistischen Diktatur zu einem sachgemäßen Urteil zu kommen. „Sozialdemokraten ist der Eintritt in die Sowjetunion verboten!“ Sie bekommen keine Einreiseerlaubnis. Bei dem bolschewistischen Schrifttum weiß man nie, wo die propagandistische Färbung anfängt und wo sie aufhört. Der Blick der russischen Emigranten ist begreiflicherweise getrübt und die Entwicklung des letzten Jahrzehnts haben sie auch nur von außen mit angesehen; die Emigrantenliteratur hat daher nur wenig zur sachlichen Aufklärung über das heutige Rußland beigetragen — Ausnahmen, wie Jugow, Die Volkswirtschaft der Sowjetunion, Verlag Kaden & Co., Dresden, bestätigen nur die Regel. So sind wir zu unserem Bedauern für die Beurteilung der russischen Zustände vielfach auf Schilderungen bürgerlicher „Forschungsreisender“ angewiesen, denen sich das Land um so eher öffnet, je reaktionärer ihre politische Ansicht ist. Der deutschnationale Professor Doehsch ist häufiger und gern gesehener Gast der Sowjetunion, während zum Beispiel dem Korrespondenten des Berliner Tageblattes, Scheffer, einem unbefangenen, dabei kritischen Beobachter, die Wiedereinreise auf Betreiben der Tscheka soeben versagt worden ist.

Im Frühjahr 1929 hat der bekannte Wirtschaftsredakteur der Frankfurter Zeitung, Arthur Feiler, auf einer dreimonatigen Studienreise das bolschewistische europäische Rußland durchstreift. Er berichtet über diese Reise in einem umfangreichen Buche, das soeben der Verlag der Frankfurter Sozietätsdruckerei unter dem Titel „Das Experiment des Bolschewismus“ herausgebracht hat.

Sobald erst der Youngplan unter Dach und Fach gebracht und das besetzte Gebiet geräumt ist, wird sicherlich wieder die Sowjetunion in den Vordergrund des Interesses gerückt werden. Wirtschaftlich sowohl als auch

politisch. Die Rußland teils von außen aufgezwungene, teils selbstgewollte Blockade läßt sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten; die Zeit ist gekommen, wo die wirtschaftlichen und politischen Fäden zwischen der Sowjetunion und den übrigen Großmächten wieder in irgendeiner Weise geknüpft werden; und es wäre durchaus falsch, anzunehmen, daß Rußland sich dabei als passiver Partner zu verhalten habe, das sich die Bedingungen für seinen Anschluß diktieren lassen würde.

Der Zusammenbruch der Sowjetunion und der bolschewistischen Herrlichkeit ist häufig vorausgesagt, aber die Prophezeiung ist noch nicht eingetroffen. Parteipolitische Ressentiments und Vorurteile pflegen nur allzu häufig den Tatbestand zu verdunkeln, und man sollte den hysterischen Sozialfaschistenkoller der KPD von der zielbewußten, wenn auch harten und für uns oft unverständlichen Politik der russischen Bolschewiki zu trennen wissen. Wir verurteilen ihre brutalen Unterdrückungsmethoden, wir erkennen, daß der Bolschewismus ein typisch russisches Experiment ist, das in jedem anderen Land fehlschlagen muß — aber es ist immerhin ein planmäßig aufgebautes Experiment, das im Verlaufe einer wirklichen Revolution ermöglicht wurde; und diese Revolution war „ein Siebenmeilenschritt der Weltgeschichte“. Und dieses Experiment, obwohl es heute noch tief im Staatskapitalismus drin steckt, geht uns alle an; denn es bedeutet den Versuch einer modernen Wirtschaft unter Ausschaltung des privatkapitalistischen Unternehmertums — und das ist das Entscheidende! Ein Experiment zudem, das unter den schwierigsten Bedingungen erprobt wird. So falsch es wäre, schon jetzt die erzielten Resultate zu vergöttern und sie jeglicher Kritik zu entrücken, so falsch ist es, das, was in Rußland vor sich geht, mit einer Handbewegung abzutun. Wir müssen das bolschewistische Rußland verstehen lernen; das ist ebenso wichtig wie das Studium der amerikanischen Verhältnisse. Feiler ist durchaus westeuropäischer Individualist und Bejager des privatkapitalistischen Systems; gerade deshalb ist es besonders lehrreich, mit welchem Ernst und mit welcher unboreingenommener Sachlichkeit er an das russische Problem herangeht.

Da ist ein riesengroßes Land, eine potentielle Weltmacht zum mindesten, der nach seiner einheitlichen Geschlossenheit größte Staat der Erde, 15mal so groß wie Deutschland, ein Gebiet mit reichen Entwicklungsmöglichkeiten und mit ungeheuren, noch nicht gehobenen, teilweise kaum geahnten Naturschätzen. Aber ganz anders als West- und Mitteleuropa, ganz anders als die Vereinigten Staaten, ganz anders als Ostasien. Ein junges Land, gering die Volksdichte; geradezu menschenleere Einöde noch über weite Strecken. Rückständige Kultur in einer bis in die jüngste Zeit hinein brutal niedergehaltenen Bevölkerung; fast 85 vH der Bevölkerung in Bauerndörfern, teilweise sogar noch als Nomaden lebend. Kontinentales Klima mit seinen jahreszeitlichen Gegensätzen, dabei größtenteils unter dem Einfluß der arktischen Zone stehend. Dazu der verlorene Krieg; die Revolutionen und Interventionen; der Bürgerkrieg mit seinen Schrecken; auswärtige Konflikte ständig an den Grenzen entlangzüngelnd — „hätten im Bürgerkrieg statt der Roten die Weißen gesiegt, statt des Bolschewismus irgendeine die Privatwirtschaft bejahende politische Herrschaft, so hätte auch diese auf ihre Weise, aber ebenfalls

mit ungeheuren Mühen auf dem gleichen erschöpften Boden bauen und die gleichen zwingenden Aufgaben bewältigen müssen". Rußland plus Bolschewismus, so lautet nun das Problem.

Rußland ist heute ein gigantisches, staatskapitalistisches Unternehmen, eine riesenhafte, einheitlich konzentrierte öffentliche Wirtschaft von phantastischem Ausmaß, die Industrie und Landwirtschaft, Handel und Verkehr in ihren Kreis gezwungen hat. Das lag im Anfang durchaus nicht in der Absicht der russischen Revolutionäre; sie machten da lediglich aus der Not eine Tugend. Heute pflegt zwar die Periode des Kriegskommunismus von den Bolschewiki lediglich als eine nur vorübergehend gedachte Notmaßnahme hingestellt zu werden. Aber sie war mehr als nur Mittel; sie war Ziel, aufgebaut auf dem Glauben an eine allgemeine Weltrevolution. Die Weltrevolution erwies sich als eine Utopie; der solange angebetete Fetisch wurde schleunigst in die Kumpelkammer geworfen: die Rep-Politik, von Lenin in eigener Person inauguriert, sollte die Privatinitiative wieder herauslocken und das Ausland zu Krediten geneigt machen, die die Wirtschaft wieder in Gang bringen sollten. Aber das Ausland hielt seine Taschen zu. Wie die Weltrevolution, so wurde auch die Hoffnung auf Auslandskredite zu einer bitteren Enttäuschung. Wieder riß Stalin das Steuer herum: Rußland will versuchen, seine Reichtümer planmäßig selbst zu entwickeln, aus Eigenem aufzubauen, auf den Überresten, die aus der Zarenzeit übriggeblieben sind, und mit den Kräften, die aus den durch die Revolution befreiten Volksschichten dem Lande zufließen. „Der Bolschewismus hat zuerst seine Hoffnung auf die Weltrevolution gesetzt, sie ist ausgeblieben. Er hat dann auf Kapital und Kapitalhülfe vom Ausland gehofft, und er wäre in der ersten Zeit nach dem Ende des Bürgerkrieges bereit gewesen, dem ausländischen Kapital sehr große Konzessionen zu machen. Es ist nur in ganz geringem Umfang gekommen. Und so hat man sich darauf einstellen müssen, alles mit der eigenen Hand zu erarbeiten, mit dem Gleichmut des Russen, daß man, wenn man den Expreszug nicht haben könne, eben im Personenzug fahren müsse, der ja eben nur langsamer gehe.“

Auch das aber ist nur möglich, wenn bei äußerster Anspannung aller Wirtschaftskräfte und unter bewußter Opferung individueller Sonderwünsche genügende Mittel geschaffen werden, um nicht allein den Bedürfnissen der gegenwärtigen, sondern auch denen der heranwachsenden Generation gerecht zu werden. Rußland hat die stärkste Bevölkerungszunahme in Europa. Während diese in Deutschland 0,7 vH beträgt, beläuft sie sich in Rußland auf 2,3 vH. Die russische Bevölkerung nimmt jährlich um rund 3½ Millionen zu. Da wird die Kapitalakkumulation zu einem um so zwingenderen Problem. Für den Zeitraum 1928/29 bis 1932/33 sieht der bolschewistische Fünfjahresplan rund 75 Milliarden Investitionen — das heißt Kapitalakkumulation! — vor. „Diese immense Summe soll das arme Volk in dem kurzen Zeitraum von fünf Jahren aus seiner Hände Arbeit erübrigen, um sie in Form von Häusern und Fabriken, Elektrizitätswerten und Eisenbahnen, von neu für den Pflug gewonnenem Lande und vermehrtem Viehbestande als Ersatz für Kapitalabnutzung oder, und zwar zum weitaus größerem Teile, neu dem Volksvermögen hinzuzufügen. Das Lösungswort, das Walter

Rathenau während des Krieges einmal für Deutschlands „Neue Wirtschaft“ formuliert hat und das bei uns so gründlich unbeliebt ist — der Einzelne soll arm sein und die Gesamtheit reich —, dieses Wort soll nach dem Willen der Herrschenden des bolschewistischen Regimes dort eine bis auf die äußerste Spitze getriebene Verwirklichung finden.“ Das ist, ins Moderne und Riesen-große übertragen, die Verwirklichung von Fichtes „Geschlossenem Handelsstaat“.

Das ist natürlich zunächst ein wirtschaftliches Problem. Die Landnahme in der Revolution hat dem russischen Bauerntum eine andere Struktur gegeben. Das landwirtschaftliche Inventar muß von Grund aus erneuert, ersetzt und modernisiert werden; Industrie und Verkehrswesen bedürfen der Maschinen; das Land schreit nach Industrieprodukten. Auslandswaren müßten mit Devisen beglichen werden; lieber nimmt man da die teure In-landproduktion mit in Kauf. Jede Steigerung der heimischen Industrie bedeutet aber nicht allein Vergrößerung der Warenmenge, sondern auch Senkung der Produktionskosten. Die Aufteilung des Grund und Bodens hat wohl die frühere Latifundienwirtschaft zerstört, aber den Landhunger der Bauern nicht gestillt. Dem niedrigen Stand der Agrikultur entsprechend ist vor allem das europäische Rußland stark überbevölkert. Der selbständig gewordene Bauer denkt aber zunächst an Selbstversorgung; daher der Rückgang der Getreide- und vielerorts der Handelspflanzenproduktion und die verstärkte Milch- und Kleinviehhaltung. So gerät die Getreidedeckung des Landes in Gefahr, zu kurz zu werden — daher die Ausgabe von Brot- und sonstigen Lebensmittelarten in den Städten —, und die Einnahmen aus dem Getreideexport fallen aus und damit die Devisen, mit denen die Industrie-einfuhr bezahlt werden könnte. Dieser Gefahr sucht die Sowjetregierung durch die Rückkehr zur kollektiv-staatskapitalistischen Latifundienwirtschaft zu begegnen durch Schaffung staatlicher Großgüter, sog. „Getreidefabriken“, vor allem in den menschenarmen Steppen, durch mehr oder minder generalisame Zusammenlegung privatbäuerlicher Besitzungen zu genossenschaftlichen Großbetrieben und durch Trustlandwirtschaften, die die Rohstoffe für bestimmte Industrien produzieren sollen. Die hierhin zielenden Pläne der russischen Regierung sind die problematischsten. Der Bauer ist hier das große X. In der Stadt, in der Industrie ist relativ leicht zu kontrollieren, welches Maß an Druck der Arbeiterschaft zugemutet werden kann; auf dem Lande ist das Stimmungsmanometer durchaus un-...verlässig.

Die Repwirtschaft, von der man sich in der Landwirtschaft goldene Berge versprochen hatte, versagte, und so wurde 1927 das Steuer wieder von der individuellen zur agrarkommunistischen Wirtschaft heringeworfen; hieß es früher Elektrifizierung + Kommunismus, so heißt es nunmehr Traktor + Kollektivisierung. Diese Wirtschaftsform ist auch technisch Europa bisher fremd gewesen; sie lehnt sich direkt an das amerikanische Vorbild an. So werden zum Beispiel auf dem Mustergut Askania Nowa, das 43 000 Hektar umfaßt — und es gibt noch größere bis zu 130 000 Hektar! — „wissenschaftliche und wirtschaftliche Ziele in enger Gemeinschaft verfolgt. Der wissenschaftlichen Abteilung dient ein großer zoologischer Park mit seltenen Vögeln und Vierfüßern, dazu die Versuchsställe. Fremde Faunen hier zu akklimati-

fieren, ausgestorbene von neuem hier zu züchten, ist ihre Aufgabe, vor allem aber die Züchtung von solchen Rutzrassen, die hier bestes Fortkommen und höchsten Ertrag versprechen. Da werden Zebbras und wilde Pferde miteinander kopuliert, Bisons und ukrainische Kühe werden, um möglichst den alten Auerochsen wiederzugewinnen, von einem Ehebett ins andere gejagt, vor allem einheimisches Vieh mit fremden gekreuzt, das graue ukrainische Rindvieh mit dem deutschen, die russischen Schweine mit den englischen.“ Gelingt das Experiment in der Landwirtschaft so, wie es der Fünfjahresplan vorsieht, so sollen vom Warengetreide, das für den Großhandel bestimmt ist, die Staatsgüter über ein Sechstel, die Kollektivwirtschaften über ein Viertel produzieren, beide zusammen über zwei Fünftel, nicht viel weniger als die Hälfte. „In der Tat, es wäre eine gewaltige Ausdehnung der ökonomischen, der sozialen und damit auch der politischen Macht- und Herrschaftspositionen des Regimes, wenn es gelänge.“

Entscheidend für die Maßnahmen der Bolschewiki ist aber nicht allein, vielleicht sogar nicht so sehr die ökonomische Sicherung des Landes als vielmehr die Sicherung der eigenen Machtstellung. Gewiß haben sie die „Kommandohöhen“ der Wirtschaft inne; in ihren Händen ist das Außenhandelsmonopol, sie beherrschen Währung und Kredit, Industrieproduktion und Warenpreise. Aber das alles nur so lange, als sie über eine ergebene Gefolgschaft verfügen, die ihre Herrschaft stützt. Soweit noch bürgerliche Elemente aus der zaristischen Zeit in Rußland vorhanden sind, sind sie machtlos; die Kulakschicht soll durch die neue agrarpolitische „Generallinie“ zur Ohnmacht verurteilt werden. Die positive Gefolgschaft muß von einer unbedingt zuverlässigen proletarischen Schicht, vom Qualitätsproletariat getragen werden. Proletarisierung der Intellektuellen — das war einmal die Parole; Intellektualisierung des Proletariats — das ist sie heute. Ein eigenartiges Bild: Industriearbeiter gibt es knapp 3 Millionen, davon ist ein Drittel arbeitslos; qualifizierte Industriearbeiter gibt es etwa 700 000, und 900 000 müßten hinzukommen, wenn der Bedarf gedeckt werden sollte. Feiler schildert anschaulich die Bemühungen der Bolschewiki; sich aus dem Rohmaterial der russischen Menschen in möglichster Kürze ein geeignetes Proletariat zurecht zu kneten. Daher auch das waghalsige Experiment, das auf dem Wege über Staatsgüter und Kollektivwirtschaften den freien Bauern in einen Landwirtschaftsarbeiter, in ein Stück „Masse“ verwandelt.

Zwischen sozialpolitischen Konzessionen und dem Arbeiter zugemuteten Opfern kunstgerecht zu lavieren, ist nach Feiler bisher den Bolschewiki gelungen. Und die Gefahr, daß die Proletarisierung die Entstehung wankelmütiger Massen begünstigt, will die bolschewistische Regierung neuerdings durch einen äußerst revolutionären Versuch bannen, den Feiler auf seiner Studienreise allerdings noch nicht beobachten konnte: Einführung der Fünftagewoche mit gleichzeitiger durchgehender Arbeitszeit. Das bedeutet selbstverständlich, falls das Experiment gelingt, eine ungeheure Intensivierung der Produktion in der Industrie, teilweise auch in der Landwirtschaft. Das geht auch auf radikalste Weise den religiösen und bürgerlichen Traditionen zuleibe. Aber das verhindert auch — da stets nur ein Bruchteil der Arbeiter seinen freien Tag hat — die unter Umständen sehr unbequeme und in einer

Krisis direkt gefährliche Entstehung von Massen; die politische Beeinflussung kann auf diese Weise systematischer im bolschewistischen Sinne durchgeführt werden. Und wo man — zu revolutionären Feiern, zu politischen Demonstrationen — die Massen wirklich braucht, da sind sie von Betrieb zu Betrieb leicht auf die Beine zu bringen. Ein raffinierter Schachzug der Bolschewiki!

Massenpsychologisch haben die Bolschewiki in der Geschichte nur in der katholischen Kirche, speziell in dem Jesuitenorden ihresgleichen gefunden. Dauert die Wirkung, die von ihren wirtschaftlichen, politischen und pädagogischen Maßnahmen ausgeht, noch eine Weile an, so sieht Feiler in Sowjetrußland einen neuen Menschentyp entstehen, einen kollektivistisch denkenden Mensch, den kommunistischen Standardmensch. Von kollektivistischen Gedankengängen ist die west- und mitteleuropäische Arbeiterschaft noch weit entfernt — die KPD am meisten; dazu hat die in der langen kapitalistischen Entwicklung fortschreitende Differentiation sich hier allzustark ausgewirkt. Und in Rußland konnte an primitiveren, vorkapitalistischen Integrationsresten angeknüpft werden; das heißt es waren hier frühkommunistische Denk- und Organisationsformen der Feudalzeit noch lebendig, die im Westen schon lange abgestorben waren. Daher hat sich hier mit einer für uns in Mitteleuropa unverständlichen Reibungslosigkeit die bolschewistische Partei als ein politischer Orden von Intellektuellen und Qualifizierten durchsetzen und halten können; daher auch die erfolgreichen Versuche zur Bildung von Arbeits- und Lebenskollektiven. Gewiß wird der kollektive Mensch — sicher in einer anderen Nuancierung! — auch das Ergebnis der Entwicklung in der übrigen Welt sein; aber wir werden, selbst wenn der russische Versuch doch zu einem vollen Erfolge führen sollte, einen anderen Weg gehen müssen.

Feiler erwähnt in seinem Buch einen charakteristischen Ausdruck eines nichtkommunistischen Russen: „Wenn man die Revolution als eine historische Tatsache erkannt hat, dann kann man sie nur als ein Ganzes betrachten und nehmen — man kann nicht den einen Teil von ihr haben wollen und den andern nicht, man kann sich nicht aussuchen, was man von ihr haben will. Das Ergebnis schwankt noch im Chaos. Aber eines wird bleiben: die Menschen tragen ihren Kopf wieder um ein Stück höher — es ist mehr Stolz unter den Menschen.“

Das Vordringen der Ruhrgas-AG

Karl Maier (Stuttgart)

Als vor einigen Jahren der Plan einer Gasfernversorgung von der Ruhr aus über ganz Deutschland auftauchte, erhob sich zwischen dem Ruhrkohlenbergbau und den bisher vorwiegend die Gasversorgung beherrschenden Gesellschaften und Kommunen ein umfangreicher Meinungsstreit über die Notwendigkeit und Nützlichkeit der Fernleitung des Gases. Die Anhänger der Gruppengasversorgung von dezentralisierten Großgaswerken aus führten insbesondere die Gefahr eines Ruhrgasmonopols ins Feld, das die Bevölkerung der Willkür der Monopolinhaber ausliefere, man erblicke in der Gasfernversorgung keine Verbesserung gegenüber der Eigenerzeugung, die von der Ruhrgas AG aufgestellten Preisangaben wurden heftig umstritten und alle möglichen Schäden aufgezählt, die durch das aus der Ferne herangeführte Gas entstehen würden. Das Problem wurde ein Tummelplatz privatwirtschaftlicher, kommunal- und

parteilichtiger Sonderinteressen und der Kampf wurde manchmal weder vornehm noch in volkswirtschaftlichem Sinne geführt. Die Betriebsräte-Zeitschrift (Nr. 4/1927 S. 103 ff., Nr. 13/1928 S. 385 ff., Nr. 14/1928 S. 424 ff.) hat über die Pläne der Ruhrindustriellen und die Gegenmaßnahmen der Gasinteressenten Deutschlands sowie über den Stand der Gasfernversorgung bis zur Mitte des Jahres 1928 berichtet.

Wie liegen heute die Verhältnisse und was ist in der Zwischenzeit praktisch geschehen? Nützlich geblieben sind selbstredend weder die Ruhrgas AG noch ihre Gegner. Erstere hat versucht, Befürworter der Gruppengasversorgung für sich zu gewinnen und auf direktem sowie indirektem Wege ihre Pläne in die Praxis umzusetzen. Dabei hat die Ruhrgas AG ganz geschickt operiert. Sie hat verschiedene ihrer Vorsätze fallen lassen und damit eine Reihe von Einwänden der Gegner des Bechungs-gases aus dem Feld geschlagen. Das „Monopolgespenst“ sieht nicht mehr so drohend aus und schließlich hat die Ruhrgas AG auch eingesehen, daß es nicht möglich ist, die großen Städte zur Aufhebung ihrer eigenen Gas erzeugungsanlagen zu veranlassen und die Städte für die Zentralgasversorgung vom Ruhrgebiet aus zu gewinnen.

Die Erfolge der neuen Taktik der Ruhrgas AG im Jahre 1929 sind nachstehend verzeichnet. Einer der bedeutungsvollsten Vorgänge des Jahres war die

Einigung mit der Ferngasgesellschaft Saar m. b. H.

Letztere wurde zur Wahrung der Belange des Saargebietes gegründet und es war vorauszu sehen, daß die Ruhrgas AG nur auf dem Wege der Verständigung und der Schaffung einer Demarkationslinie ins Saargebiet und nach Südwestdeutschland kommen werde. Ein Vorbild hatte die Ruhrgas AG in dem Demarkationsvertrag, den das RWG abschloß, um in der Elektrizitätserzeugung in diesen Gebieten festen Fuß zu fassen.

Der Vertrag zwischen der Ruhrgas AG und der Ferngasgesellschaft Saar m. b. H. sieht ein alleiniges Versorgungsgebiet der Saar vor und ein gemeinsames Interessengebiet Ruhr-Saar. Das erstere wird nach Norden und Osten begrenzt durch die Linie Neuerburg/Gifel, Bullay/Mosel, Münster am Stein, Grenze Rheinhessens bis zum Rhein, Rheinstrom bis zur Reichsgrenze. Das bedeutungsvollere gemeinsame Interessengebiet umschließt folgende Gebiete: Winkel der Linie Bullay/Mosel-St. Goar, Bullay-Münster am Stein, den Bezirksverband Nassau, die Länder Hessen, Baden und Württemberg, sowie den Bifel des Bezirksverbandes Hessen-Rassel. (Südwestlich der Linie Schlitz in Oberhessen, Fulda-Gersfeld).

Das Gebiet nördlich des Versorgungsgebietes der Saar und des gemeinsamen Interessengebietes ist alleiniges Versorgungsgebiet der Ruhr. Die Versorgung Bayerns bleibt späteren Verhandlungen vorbehalten, die im Einverständnis mit der bayerischen Staatsregierung geführt werden sollen.

Die Saargruben verfügen bisher über keine irgendwie nennenswerte Gas-erzeugung. Die Kokereien sind an die Eisenhütten angeschlossen. Der Gasentfall dieser Hütten wird vorläufig auf nur 50 bis 80 Mill. Kubikmeter jährlich geschätzt. Es wird daher zwischen dem preußischen Fiskus, dem nach der Rückgliederung des Saargebietes die Kohlengruben zufallen werden, und den Hütten eine grundsätzliche Verständigung darüber notwendig sein, in welcher Weise der Kokereiausbau zwischen den beiden Gruppen in Zukunft aufgeteilt werden soll und unter welchen Bedingungen das Hüttengas für die Versorgung des Saargebietes selbst sowie Süddeutschlands nutzbar gemacht werden kann. Bis der preußische Saarbergbau in der Lage ist, Gas zu liefern, wird die Ferngaslieferung in dem gemeinsamen Gebiete zwischen Ruhr und Saar im Verhältnis 70 : 30 aufgeteilt. Wenn der preußische Saarbergbau in die Lieferung ein-treten kann, wird das Verhältnis in 60 : 40 geändert. Die Ruhrgas AG hat das Recht, im nördlichen Teil des gemeinsamen Interessengebietes, der den Bezirksverband Hessen und den Freistaat Hessen umfaßt, vorab 40 Mill. Kubikmeter Ferngas zu liefern. Im südlichen übrigen Teil des Interessengebietes hat die Saar vorab ein Lieferungsrecht

von 20 Mill. Kubikmeter. Was über diese Lieferungen hinausgeht, wird nach dem obigen Schlüssel aufgeteilt.

Das amtliche Communiqué über diesen Vertrag betont mit Recht, daß mit der Beteiligung des Saargebietes am süddeutschen Ferngasabsatz die Wiedereingliederung dieses Gebietes in das deutsche Wirtschaftsleben erheblich gefördert werden würde.

Der Kölner Gasvertrag

Einen zweiten Sieg konnte die Ruhrgas AG in Köln buchen. Das Industriegebiet Köln ist von den Gasinteressenten lange umstritten worden, der bekannte Kohlenfelderkauf der Frankfurter Gasgesellschaft und der Stadt Köln hatte die Tendenz, das Vordringen der Ruhrgas AG in südlicher Richtung zu hemmen. Aber diese ließ sich nicht einschüchtern, bot außerdem sehr billiges Gas an, machte auch andere Zugeständnisse, und die Kölner Stadtverordneten entschieden sich Ende Juli 1929 endgültig für den Abschluß eines Vertrages mit der Ruhrgas AG und den Thyssenschen Gas- und Wasserwerken. Sozialdemokraten, Kommunisten und Mieterfraktion stimmten gegen den Vertrag, seine Annahme erfolgte mit 46 gegen 28 Stimmen. Die Mehrheit ließ sich von der „wirtschaftlichen Überlegenheit des Ruhrgasangebots“ überzeugen. Es wurden vier Einzelverträge abgeschlossen. Neben dem wichtigsten, dem Gaslieferungsvertrag, wurde ein sogenannter Gesellschaftsvertrag getätigt, der die Errichtung der Kölner Gas G. m. b. H. mit 1 Mill. Mk. Kapital (Ruhrgas 51, Köln 49 vH) betrifft, ferner wurde ein Gemeinschaftsvertrag über die Errichtung einer Kokerei von anfänglich 60 Mill. Kubikmeter Kapazität abgeschlossen und schließlich ein sogenannter Gestattungsvertrag gutgeheißen, der u. a. der Ruhrgas AG die direkte Belieferung der Konzernwerke einräumt.

Nach Mitteilungen der Frankfurter Zeitung wird die Kokerei der Kölner Gas G. m. b. H., da sie die Hälfte ihrer Gasproduktion selbst verbraucht (also einen verhältnismäßig großen Koksanfall hat), lediglich 30 Mill. Kubikmeter verkaufen und dafür die Preise erzielen, die der Gaslieferungsvertrag für die betreffende Abgabemenge vorsieht. (Sie hat also keine Absatzgröße, die den heutigen Vorstellungen von optimaler Betriebsgröße einer Kokerei entspricht.) Inwieweit sie oder die Kölner Gas G. m. b. H. deshalb rentabel arbeiten wird, ist eine offene Frage. Die Beteiligten selber scheinen Zweifel zu hegen, denn nach 10 Jahren soll geprüft werden, ob der Betrieb zu den Vertragspreisen lebensfähig ist. Die Gesellschaft wird die Kokssteuern zu einem Selbstverbraucherpreise beziehen, der allerdings nur 6 vH, und das auch nur „zunächst“, unter dem Syndikatsinlandspreis für das völlig unbestrittene Gebiet liegt. Der Vertrag sieht vor, daß der anfallende Koks durch das Gaskoksyndikat abgesetzt wird. Die Kokerei wird ausdrücklich als Stützpunkt für die Gasfernversorgung im ganzen Kölner Wirtschaftsgebiet einschließlich des Gebietes Köln-Koblenz (das nach dem Ruhr-Saarvertrag ganz der Ruhr vorbehalten ist) bezeichnet. Die jeweilige Erzeugungsmöglichkeit der Kokerei soll zu der von der Ruhrgas AG zu errichtenden und zu unterhaltenden Wassergasreserveanlage im Verhältnis von 2 zu 3 stehen. Beide Anlagen zusammen sollen jeweils in der Lage sein, den gesamten Kölner Gasbedarf zu decken. (Es wird also an eine sehr weitgehende Reserveanlage gedacht.) Die Kosten für den Ausbau des Gasbehälters auf 60 vH Tagesbedarf hat Köln zu tragen neben anderen Kosten. Im Hinblick auf den Köln-Frankfurter Kohlenfelderbesitz ist die Vertragsbestimmung bemerkenswert, daß die Durchleitung eventuell eigener Kölner Gas-mengen erst nach 10 Jahren erlaubt ist und nur dann, wenn dies technisch möglich ist.

Der Vertrag beginnt mit der Aufnahme der Gaslieferung, spätestens am 1. April 1930. Er läuft 10 Jahre (anderwärts 30 Jahre) und kann 2 Jahre vorher gekündigt werden, das heißt am 1. April 1938 zunächst allein durch Köln. Bei Nichtkündigung läuft der Vertrag automatisch 10 Jahre weiter.

Die Thyssenschen Gas- und Wasserwerke G. m. b. H. in Hamborn erfahren durch die Kölner Verträge eine starke Ausdehnung. Es bestehen bereits Hauptleitungen von

Hamborn über Rülheim, Heiligenhaus, Welbert nach Barmen mit mehreren Zweigleitungen, ferner der von Hamborn über Wesel nach Emmerich führende Hauptstrang, der sich in Wesel gabelt und von dort über Bocholt, Vorken, Stadtlohn, Ahaus, Seel nach Gronau zieht (ebenfalls mit Zweigleitungen). An einer Verlängerung dieses Hauptstranges über Seel, Burgsteinfurt nach Borghorst wird gearbeitet, ferner an einer Querstrecke, die die Verbindung mit Coesfeld herstellen wird. Geplant ist darüber hinaus der Bau einer geraden Rohrverbindung zwischen Wesel und Vorken. Gemeinsam mit der Ruhrgas AG wird von Hamborn aus eine besondere Leitung mit einem Durchmesser von 60 bis 70 Zentimeter nach Düsseldorf und Köln gebaut, wobei Zweigleitungen nach Neuk., München-Gladbach, Rheydt, Bierfen, Arefeld, Herdingen und Mörs vorgesehen sind. Bei Mörs wird die Verbindung mit den Becken Friedrich-Heinrich und Rheinpreußen hergestellt. In Gemeinschaftsarbeit mit dem Eschweiler Bergwerksverein ist von den Thyssenschen Gas- und Wasserwerken G. m. b. H. ferner die Gasfernversorgung des Gebietes zwischen Aachen und Köln in Angriff genommen. Neben der direkten Leitung von Stolberg über Eschweiler nach Köln werden Rohrstränge ausgehend von dieser Strecke nach Aachen, Jülich-Rheydt und Düren gelegt. Ferner ist die Herstellung einer direkten Verbindung Köln-Neuk. geplant. Man rechnet damit, daß sowohl die unmittelbare Ferngasleitung wie auch die Leitung aus dem Ruhrgebiet im Jahre 1930 fertiggestellt werden kann. Mit der Fertigstellung der geplanten Kölner Kokerei im Niehler Industriegelände wird bis zum Herbst 1931 gerechnet. Durch die Kölner Verträge hatte die Ruhrgas AG eine Ausfallpforte nach den südlich gelegenen Teilen der Rheinprovinz erhalten.

Südwest- und Süddeutschland

Das rheinisch-mainische Gebiet in Hessen und in Hessen-Nassau war, ähnlich wie Köln, lange umstritten. Auf Betreiben der hessischen Regierung entstand für die drei hessischen Provinzen sowie die Städte Darmstadt, Gießen, Mainz und Worms die Hessische Kommunal-Gasversorgung AG, kurz Heloga. Die Städte Frankfurt a. M. und Mannheim hatten die Südwestdeutsche Gas AG gegründet, genannt Süwega. Dieser traten später bei die Städte Karlsruhe, Ludwigshafen, Heidelberg, Pforsheim, Hanau, Wiesbaden und der Bezirksverband Nassau.

In den Jahren 1928 und 1929 machte die Süwega der Heloga verschiedene Angebote behufs Zusammenarbeit. Im Mai 1929 schlug die Süwega die Gründung einer Vereinigten Gaswerke Rhein-Main-Nedar-AG vor, die die Gaswerke von Frankfurt, Mannheim und Mainz aufnehmen sollte. Die Angebote erfolgten, um die Heloga vom Abschluß eines Lieferungsvertrages mit der Ruhrgas AG abzuhalten. Auch in der Presse und in Versammlungen sowie in Gemeindevertreterkonferenzen wurde gegen die Auslieferung des hessischen Versorgungsgebiets an ein privatkapitalistisches Monopol protestiert. Aber während dieser papiernen Proteste tätigte die Ruhrgas AG den bereits besprochenen Saarvertrag und in den ersten Tagen des Monats November 1929 wurde bekannt, daß zwischen Heloga und Ruhrgas AG ein Abkommen zustande kam, das die Gründung einer G. m. b. H. mit einem Stammkapital von mehreren Millionen Mark vorsieht, woran je zur Hälfte die Heloga als Abnehmer und die Ruhrgas AG als Lieferant beteiligt sind. Die Stadt Frankfurt will an dieser Gründung noch nicht teilnehmen. In einer Magistratsdenkschrift wurde zwar die grundsätzliche Bereitwilligkeit zum Bezug von Ruhrgas erklärt, Frankfurt hält sich indessen zunächst noch an seine Abmachungen mit der Süwega gebunden. Voraussichtlich wird sich diese jedoch mit dem Gedanken trösten müssen, daß „durch die Aktivität und den A. derstand der Süwega die Ruhrgaslieferanten besondere Zugeständnisse machen müßten, die einen dauernden Nutzen für alle künftigen Ferngasbezieher darstellen.“ Die Süwega und die Interessengemeinschaft der in ihr vereinigten Städte besteht zwar unverändert fort, nach wie vor steht die Süwega auf dem Standpunkt, daß die Basis

der Gaswirtschaft eine starke kommunale Eigenerzeugung sein muß und daß die großen Gemeinden ihre Werke so betreiben können, daß diese allen wirtschaftlichen Ansprüchen genügen und daß insbesondere die Bildung eines Koksmonopols verhindert werden muß. Aber diese Selbständigkeitserklärungen verhindern nicht, daß man bei Bedarf eine Verständigung mit den Ferngaslieferanten ins Auge faßte. Für die Ruhrgas AG wird damit der Weg nach Süddeutschland offen und es ist nur eine Frage der Zeit, bis das Ruhrgas auch in diesen Gegenden zum Verkauf kommt.

Düsseldorf und Duisburg

Die Städte Düsseldorf und Duisburg besitzen eigene große Gaswerke und haben lange nichts von den Ruhrgasplänen wissen wollen. Für die Ruhrgas AG ist die Frage der weiteren Gestaltung der Gasversorgung Düsseldorfs und Duisburgs insofern von Bedeutung, weil die Kölner Leitung über Duisburg-Düsseldorf gelegt werden soll. Mit Duisburg ist die Ruhrgas AG zu einer Einigung auf der Grundlage gekommen, daß die Ruhrgas AG die Lieferung von Zusatz- und Zuwachsbedarf übernimmt. Mit Düsseldorf will man eine engere Verbindung. Zurzeit (Anfang November 1929) schweben darüber Verhandlungen. Die moderne Kokerei Düsseldorfs soll bestehen bleiben, die Ruhrgas AG will die Lieferung von Industriegas übernehmen und man unterhandelt jetzt wegen der schlüsselmäßigen Teilung der Lieferungen von Ruhrgas und Koksereigas.

Um zu einem bestimmten Ziel zu kommen, sind die Verhandlungen mit Beratungen über die künftige Elektrizitätsversorgung Düsseldorfs verknüpft worden. Das RWG will die Stadt in seine Interessensphäre einbeziehen. Nach Pressemeldungen sollen die kommunalen Versorgungsbetriebe Düsseldorfs in eine gemischtwirtschaftliche Form gebracht werden durch Gründung von zwei neuen Unternehmen, an denen das RWG und die Ruhrgas AG stark beteiligt wären. Die Stadt Düsseldorf würde in diese Gesellschaften ihre Werke einbringen. An der neu zu gründenden Gasgesellschaft würde die Ruhrgas AG mit mehr als 50 vH beteiligt sein. Bei der zweiten Gesellschaft herrscht anscheinend noch keine Klarheit über die Gesellschaftsanteile. Für die Stadt kommt eine wesentliche finanzielle Entlastung in Betracht. Der Gegenwert für die teilweise Abtretung der Besitztitel wird auf etwa 25 Millionen Mark beziffert und die Stadt hofft auch laufend finanzielle Vorteile zu haben, denn sie will die Verteilung des Haushaltsgases und -stroms in eigener Hand behalten. Es ist daher mit ziemlicher Sicherheit mit einer Annahme der Vorschläge des RWG und der Ruhrgas AG zu rechnen.

Der Mitte Juni 1929 erschienene Geschäftsbericht der Ruhrgas AG äußerte sich trotz eines Gesamtverlustes von 1,95 Millionen Mark und 5½ Millionen künstlicher Aktien über die Lage sehr optimistisch und die Ereignisse in der zweiten Hälfte des Jahres 1929 haben diesem Optimismus recht gegeben. Die Ruhrgas AG kann im Hinblick auf die großen Widerstände, die ihren Bestrebungen entgegenstehen, mit dem 1929 erreichten Ziel zufrieden sein. Die Ruhrgas AG wird gut daran tun, wenn sie entsprechend den Richtlinien in ihrer Denkschrift* zwar an einer zeitgemäßen Ausgestaltung und Fortentwicklung der deutschen Gasversorgung mitarbeitet, nicht aber von heute auf morgen (das muß heißen in wenigen Jahren) in revolutionärer Weise die seitherige Gaserezeugung und -lieferung umgestalten will. Zu weitgehende Zentralisierung einzelner Produktionszweige ist ebenso nachteilig wie das engherzige Festhalten an alten Einrichtungen, die mit der heutigen Zeit nicht mehr zu vereinbaren sind. Die in den Gemeinden, Gemeindeverbänden sowie in andern Körperschaften tätigen Arbeiter müssen bei der Beratung und Beschlussfassung von Gasfragen danach trachten, daß diese im Interesse der Allgemeinheit erledigt werden.

* Deutsche Großgasversorgung 1927.

Gewerkschaften und Stand der Sozialpolitik in der Tschechoslowakei

Josef Belina (Prag)

Der eben vom Statistischen Staatsamt veröffentlichte Ausweis über den Stand der tschechoslowakischen Gewerkschaftsbewegung zum 31. Dezember 1928 zeigt die immer weitergehende Zersplitterung der Bewegung, andererseits auch ein gewisses Ansteigen der Mitgliederzahlen. Es gab zu diesem Zeitpunkt insgesamt 583 Gewerkschaftsverbände (gegen 561 im Vorjahr), in welchen 1733 979 Arbeiter und Angestellte (gegen 1 681 081 im Vorjahr) vereinigt waren. Es ist also die Zahl der Verbände um 8,9 vH gestiegen, jene der Mitglieder um 3,2 vH. Die weitergehende Zersplitterung geht durchaus auf Kosten der Angestellten: es entfielen im Durchschnitt auf eine Arbeitergewerkschaft 1927 6042 Mitglieder, 1928 aber 6103, auf eine Angestelltengewerkschaft jedoch 1927 1782 und 1928 nur noch 1728 Mitglieder. Während die Arbeitergewerkschaften den Tiefstand ihrer durchschnittlichen Mitgliederzahl 1927 erreichten und nunmehr — hoffentlich endgültig — überschritten haben, ist bei den Angestelltengewerkschaften seit 1921 eine fortwährend sinkende Tendenz zu verzeichnen. Die Ständeszersplitterung macht eben immer größere Fortschritte: gab es 1927 „nur“ 401 Angestelltengewerkschaften, so ist ihre Zahl 1928 auf 417 gestiegen, die Zahl ihrer Mitglieder von 714 429 auf 720 892. Die Zahl der Arbeitergewerkschaften hat sich demgegenüber von 160 auf 166 erhöht, ihre Mitgliederzahl von 966 652 auf 1 013 087. Ihre Entwicklung ist also die verhältnismäßig günstigere.

Im Verhältnis zur Zahl der berufstätigen Arbeitnehmer ergibt sich, daß in den „historischen Ländern“ Böhmen, Mähren und Schlesien, die der Hauptsitz der Industrie sind, von 3 174 279 berufstätigen Menschen 1 532 568 gewerkschaftlich organisiert sind, somit 48,28 vH, in der Slowakei und in Karpathenrußland von 738 927 jedoch nur 201 411, somit 27,26 vH. Im Gesamtdurchschnitt der Republik sind bei 3 913 206 Berufstätigen 44,31 vH gewerkschaftlich organisiert.

Das wäre an sich kein schlechtes Verhältnis, wenn nur eben die Gewerkschaftsbewegung einheitlich wäre. Nun ist es aber so, daß die Hauptlast der gewerkschaftlichen Tätigkeit auf den 79 Verbänden der gemeinsamen Landeszentrale ruht, welche 573 727 Mitglieder umfassen, also rund ein Drittel der gewerkschaftlich Organisierten und damit nicht ganz 15 vH der Berufstätigen. Gegen das Vorjahr verzeichnet die Landeszentrale einen Aufstieg der Mitgliederzahl um 5,42 vH, die der Prager Zentrale angeschlossenen Verbände weisen mit 376 585 Mitgliedern einen Zuwachs um 9,45 vH auf, jene der Reichenberger Zentrale mit 197 142 Mitgliedern einen Verlust von 1,52 vH.

Als zweitstärkste Gewerkschaftsgruppe erscheint die tschechisch-nationalsozialistische „Arbeitergemeinde“, die in 63 Verbänden angeblich 302 259 Mitglieder vereinigt und einen Zuwachs von 5,1 vH angibt; ihr Kampfwert ist leider nicht sehr bedeutend, obwohl sie in den meisten Fällen Vertragskontrahenten mit den der Prager Zentrale angeschlossenen freigewerkschaftlichen Verbänden sind. Man schleppt sie mit, um wenigstens zahlenmäßig eine bessere Vertretungsbasis zu gewinnen.

Ganz gewiß übertrieben sind die Angaben des kommunistischen „Allgewerkschaftlichen Verbandes“, daß er in 18 Verbänden 165 780 Mitglieder aufweise. Durch die im Vorjahr erfolgte Spaltung hat dieser Verband ungeheure Verluste erlitten und wengleich die von der kommunistischen Parteileitung gegründeten „Roten Industrieverbände“ auch keine Mitglieder haben — übrigens wurde diesen vom Ministerium für soziale Fürsorge das Recht zur Auszahlung des Staatsbeitrages zur Arbeitslosenunterstützung verweigert, womit die Mitgliedschaft für die Arbeiter eigentlich wertlos geworden ist, so haben sie doch den „Liquidatoren“ gewaltige Schäden zu-

gefügt. Tatsache ist heute, daß es zwei kommunistische Gewerkschaftsgruppen in der Tschechoslowakei gibt, die zusammen höchstens 50 000 Mitglieder zählen, im Laufe weniger Jahre also über 150 000 Mitglieder verloren. Für die gewerkschaftlichen Kämpfe kommt weder die eine noch die andere Gruppe in Frage und wo sie wirklich einmal einen Kampf unternehmen, kann man schon von vornherein sicher sein, daß sie ihn verlieren.

Die tschechischen Christlichsozialen weisen in 28 Verbänden 111 228 Mitglieder aus; auch diese Zahl dürfte übertrieben sein, vor allem haben die Christlichsozialen mit Ausnahme der Textilindustrie überhaupt nirgends eine Position. Dieses Jahr kam es anlässlich der Parlamentswahlen zu einer Spaltung, weil die Gewerkschaften gegen die arbeiterfeindliche Politik ihrer Mutterpartei protestierten und für die Wahlen eigene Kandidatenlisten aufstellten. Sie schlossen bei dieser Gelegenheit ihren Vorsitzenden, den Minister für soziale Fürsorge in der Bürgerblodregierung, Herrn Pater Schramel aus und diese Ereignisse werden sicherlich auch auf die Mitgliederzahlen nicht ohne Wirkung bleiben.

Die nächststärkste Gruppe ist mit 68 266 Mitgliedern jene der „republikanischen Gewerkschaften“, einer Filiale der agrarischen Partei, wo unter dem Druck der Grundbesitzer zumeist landwirtschaftliche Arbeiter, dann auch eine Anzahl von Beamten und Angestellten organisiert sind.

Die deutschnationalen Verbände umfassen 51 464 Mitglieder, unter ihnen der DGB mit 16 775 Mitgliedern und ein „Gewerkschaftsverband deutscher Arbeiter“, eine durchaus gelbe Organisation mit 12 228 Mitgliedern.

Die Christlichsozialen haben noch bei den Slowaken 42 944 Arbeiter und Angestellte organisiert, darunter als stärkste Gruppe mit 15 615 die Eisenbahner, bei den Deutschen 24 604, darunter 15 325 unter den Textilarbeitern.

Von Interesse ist der Umstand, daß die von den Unternehmern geschaffene „Nationalvereinigung gewerkschaftlich organisierter Arbeiter und Angestellter“ selbst einen Rückgang um 13,49 vH zugeben muß, weitaus den größten, den überhaupt irgendeine Gruppe aufweist. Sie sind von 33 794 auf 29 235 Mitglieder gesunken, wobei auch diese Ziffer sicherlich übertrieben ist. Unter den Metallarbeitern ist nach ihren eigenen Mitteilungen ihre Position eine hoffnungslose: sie weisen in ihrer Metallarbeitersektion 2895 Mitglieder aus.

Neben diesen Zentralen bestehen dann noch drei ausgesprochene Angestelltenorganisationen, nämlich mit 82 891 Mitgliedern die „Gewerkschaftszentrale der tschechoslowakischen Beamten und Angestellten“, eine farblose Organisation, mit 11 183 der „Hochschulverband“ und mit 6480 der Verband der deutschen Staatsangestellten, der zu den Deutschnationalen neigt.

Nach wie vor sind jedoch eine der stärksten Gruppen die Gewerkschaftsverbände, welche überhaupt keiner Zentrale angeschlossen sind, es sind ihrer 288 (im Vorjahr 225) mit 263 918 Mitgliedern (im Vorjahr 244 901). Ihre Zahl ist seit 1925 ständig im Steigen begriffen, die Zahl der deutschen „Eingänger“ hat sich seit 1921 sogar mehr als verdoppelt, indem sie von 27 055 auf 58 384 gestiegen ist.

Die beiden freigewerkschaftlichen Metallarbeiterverbände verzeichnen einen wenn auch langsamen Aufstieg: der Prager Verband stieg von 60 520 auf 63 672 Mitglieder, der Komotauer Verband von 21 389 auf 23 968. Der tschechisch-nationalsozialistische Metallarbeiterverband weist 31 880 Mitglieder aus (gegen 27 512 im Vorjahr), doch ist die Mitgliederzahl mindestens um die Hälfte übertrieben, was man aus anderen Berechnungen feststellen kann. Die Metallarbeitersektion des kommunistischen Allgewerkschaftsverbandes gibt 17 893 Mitglieder an, was ebenfalls mehr als reichlich bemessen ist. Die tschechischen Christlichsozialen weisen 6185 Mitglieder in ihrer Metallarbeitergruppe aus, die hakenkreuzlerischen Metallarbeiter 1190, die tschechischen Gelben, wie schon erwähnt, 2895, so daß also demnach nahezu

150 000 Metallarbeiter gewerkschaftlich organisiert wären — bei insgesamt rund 280 000 etwa 58 v. H. Abgesehen von den Übertreibungen bei den meisten nichtgewerkschaftlichen Verbänden kommen als eigentliche Kampforganisationen nur die beiden dem JWB angeschlossenen Verbände mit zusammen rund 90 000 Mitgliedern in Frage, auf denen die ganze Verantwortung für den gewerkschaftlichen Kampf ruht. Nach wie vor bleibt es dringendste Aufgabe der tschechoslowakischen Arbeiterschaft, ihre Kräfte zusammenzuschließen und nicht in unzähligen Organisationen zu zersplittern.

Die Zentralsozialversicherungsanstalt, an deren Spitze als Präsident der Obmann des Metallarbeiterverbandes in der tschechoslowakischen Republik, Genosse Hampl steht, hat mit diesem Jahre bereits die Auszahlung der Renten begonnen. Nachdem das Gesch. erst am 1. Juli 1926 in Kraft trat, sind selbstverständlich die Leistungen zurzeit noch gering. Die Zahl der Rentner beträgt zurzeit 1642 und es wurden bis 30. September d. J. 599 882,80 Kronen an Renten ausbezahlt. Dagegen wurden an Abfindungen für die Hinterbliebenen noch nicht rentenberechtigter Versicherter bisher insgesamt $11\frac{1}{2}$ Millionen Kronen zur Auszahlung gebracht, an Ausstattungsbeiträgen für sich verheiratende weibliche Versicherte in 14 488 Fällen rund 7 Millionen Kronen. In bezug auf die individuelle Heilfürsorge wurde vom 1. April bis 30. Juni 7246 Versicherten eine Heilbehandlung gewährt, darunter in 2046 Fällen Aufenthalt in einem Bad, 1680 Aufenthalte in Lungenheilstätten, 1808 in Genesungsheimen usw.

Das Vermögen der ZSWA betrug am 30. Juni über $1\frac{1}{2}$ Milliarden Kronen, davon sind in staatlichen Wertpapieren angelegt 548 Millionen Kronen, in sonstigen Wertpapieren 202 Millionen, Kommunaldarlehen sind 207 Millionen, Hypothekendarlehen 98 Millionen, Darlehen für den Straßenfonds 140 Millionen. Die ZSWA greift also schon sehr stark ins finanzielle Leben der Republik ein, obwohl sie erst seit drei Jahren in Tätigkeit ist. Die Zahl der Versicherten betrug Ende Juni 2 688 865, gegenüber März d. J. eine Steigerung um rund 550 000, worin auch die verhältnismäßig günstige Konjunkturlage zum Ausdruck kommt.

Für die aus dem Hultschiner Gebiet übernommenen deutschen Versicherten wurde eine Sondervereinbarung getroffen, wonach die erworbenen Rechte dieser unter dem deutschen Invaliditätsgesetz versichert Gewesenen anerkannt wurden, bestehende Renten auf Staatskosten ausbezahlt werden.

Anlässlich ihres 40jährigen Bestandes hat die Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt für Böhmen einen zusammenfassenden Bericht herausgegeben, der anschaulich den großen Aufgabekreis dartut, welchen dieser Zweig der Arbeiterversicherung zu erfüllen hat. Die Gesamtzahl der Versicherten beträgt hier 956 567. Im Jahre 1890, als die Unfallversicherung ins Leben gerufen wurde, waren es 295 908, ihre Zahl hat sich also mehr als verdreifacht. Die Zahl der in den Industriebetrieben verwendeten Maschinen ist im gleichen Zeitraum von 19 478 auf 59 725 gestiegen, die Zahl der in der Landwirtschaft verwendeten Maschinen von 29 478 auf 507 675. Der für die Versicherung maßgebende Verdienst überstieg die Summe von 8 Milliarden Kronen, an Versicherungsprämien, welche durch den Unternehmer bezahlt werden, sind 1927 insgesamt über 125 Millionen Kronen vorgeschrieben worden. Das Gesamtvermögen der Anstalt betrug 1928 über 883 Millionen Kronen, an Renten, Abfertigungen usw. wurden vom Jahre 1890 bis September 1929 nahezu 690 Millionen Kronen ausbezahlt. Die Zahl der in dieser Zeit gemeldeten Unfälle betrug 998 300, als rentenberechtigt wurden 338 315 anerkannt. Tödliche Unfälle gab es 11 896, ihre Zahl bewegt sich im einzelnen Jahr zwischen 213 und 833. In der metallverarbeitenden Industrie ereigneten sich bei 50 638 Versicherten im Jahre 1927 insgesamt 1321 Unfälle, davon 11 tödliche, in der Maschinenindustrie bei 86 762 Versicherten 1708 Unfälle, davon 28 tödliche. Es werden hier nur jene Unfälle gerechnet, die mehr als vier Wochen Heilbehandlung erforderten und daher rentenpflichtig waren,

Schließlich seien noch die Ergebnisse der Auszahlung des Staatsbeitrages nach dem Genter System im Jahre 1928 angeführt. Die Tschechoslowakei kennt keine Arbeitslosenversicherung, sondern es werden durch Vermittlung der Gewerkschaften an deren Mitglieder die staatlichen Unterstützungen bezahlt. Der Grundsatz ist der, daß der Staat ebensoviel leistet wie die Gewerkschaft, doch wurde eine Verordnung erlassen, wonach sich der Staatsbeitrag bei verheirateten Arbeitern und ledigen nach fünfjähriger Gewerkschaftszugehörigkeit auf 150 vS erhöht. Die Höchstdauer der Unterstützung beträgt 13 Wochen, die Gewerkschaften streben die Verlängerung auf mindestens 26 Wochen an.

Nach der amtlichen Statistik wurden im Jahre 1928 insgesamt 76 591 Unterstützungsfälle behandelt, für welche an Staatsbeitrag 13,97 Millionen Kronen ausbezahlt wurden. Die Gewerkschaften leisteten 10,58 Millionen Kronen, so daß also im vergangenen Jahr zusammen 24,55 Millionen Kronen an Arbeitslosenunterstützung ausbezahlt wurden. Das sind etwas über 8 Millionen Mark: wahrlich eine sehr niedrige Summe, die sich einerseits aus der im Vorjahr herrschenden Hochkonjunktur, andererseits aber aus den Unzulänglichkeiten des Genter Systems erklärt. Unter den westeuropäischen Industriestaaten dürfte kein einziger so billig mit der Unterstützung seiner Arbeitslosen wegkommen wie die Tschechoslowakei.

Weitaus der größte Teil der ausbezahlten Unterstützungen entfällt auf die in der gemeinsamen Landeszentrale vertretenen Verbände, nämlich 14,35 Millionen Kronen oder 58,47 vS der Gesamtsumme, es folgen die kommunistischen Gewerkschaften mit 3,64 Millionen Kronen oder 22,99 vS der Gesamtsumme, sodann die tschechisch-nationalsozialistischen Organisationen mit 1,58 Millionen Kronen oder 6,45 vS und die christlichen Gewerkschaften mit 1,02 Millionen Kronen oder 4,19 vS der Gesamtsumme. Der Rest von nicht ganz zwei Millionen Kronen verteilt sich auf alle übrigen Gewerkschaften zusammen.

Aus diesen Ziffern ist klar ersichtlich, daß es tatsächlich nur die freigewerkschaftlichen Organisationen sind, die irgendwie in Betracht kommen. Obwohl sie nach der Statistik über die Gewerkschaften nur 33 vS aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten umfassen, haben sie 58,47 vS aller Unterstützungen bezahlt, die tschechisch-nationalsozialistischen Gewerkschaften mit 17,43 vS der Mitglieder jedoch nur 6,45 vS der Unterstützungen. Dieses Mißverhältnis zeigt sich auch in den einzelnen Verbänden: der Prager Metallarbeiterverband zum Beispiel bezahlte bei 68 000 Mitgliedern mit dem Staatsbeitrag 1,71 Millionen Kronen, der nationalsozialistische Verband aber bei nahezu 82 000 Mitgliedern nur 820 940,62 Kronen, obwohl doch die Voraussetzungen zur Arbeitslosigkeit sicherlich bei beiden Verbänden die gleichen waren. Man darf daher wohl annehmen, daß der tschechisch-nationalsozialistische Verband kaum mehr als 10 000 Mitglieder zählt.

Die sozialpolitische Tätigkeit ist in der Tschechoslowakei also nicht unerheblich, wie aus vorstehenden Ausführungen ersichtlich ist. Immerhin hat aber die Arbeiterschaft noch manchen Grund zur Klage und manches wird geschaffen, manches nachgeholt werden müssen, damit der Arbeiter einen wirksamen Schutz genießt. Die politischen Verhältnisse haben nun wieder eine Konzentrationsregierung erzwungen, bei welcher auch die Sozialdemokratie an verantwortlicher Stelle steht, zum ersten Male in der Geschichte der Tschechoslowakei auch die deutsche Sozialdemokratie offizielle Regierungspartei ist. Es ist zu hoffen und zu erwarten, daß dadurch die sozialpolitische Tätigkeit einen frischen Impuls erhält und die notwendigen und wünschbaren Fortschritte erzielt werden.

Einkommensverteilung und Krisen

Heinrich Ströbel (Berlin)

Die amerikanische Liga für industrielle Demokratie hat auch in diesem Jahre wieder eine Sammelschrift erscheinen lassen, die in fesselnder Weise die sozialen Probleme der Zeit vom amerikanischen Standpunkt aus behandelt. Das Buch betitelt sich diesmal „The Socialism of our Times“ (Der Sozialismus unserer Zeit). Aus der Fülle der behandelten Probleme sei heute die Diskussion herausgegriffen, die sich über die Wirtschaftskrisen entsponnen hatte. Sie bildet in gewissem Sinne eine Ergänzung jener für die Arbeiterklasse so ungemein wichtigen Frage, die wir in unserm letzten Artikel „Der Arbeiter als Erzeuger und Verbraucher“ angeschnitten hatten.

Der Statistiker N. S. Stone behandelte die „Zusammenbruchstheorie“, das heißt die Auffassung mancher Sozialisten, daß der Kapitalismus an seinen eigenen inneren Widersprüchen zugrunde gehen müsse. Da er beständig mehr Mehrwert erzeuge, als die Klasse der Mehrwertaneignen in neuen Produktionsmitteln oder persönlichem Verbrauch anlegen und ausgeben könne, sei er zum Kapitalexport genötigt, der ihn in imperialistische Abenteuer stürze. Aber auch abgesehen von den dadurch heraufbeschworenen Kriegsgefahren und nationalen und internationalen Katastrophen werde der Kapitalismus auch daheim von einer Krise in die andere gestürzt, da die Arbeiterklasse wegen ihres allzu geringen Anteils am Nationaleinkommen nicht die Möglichkeit besitze, die zum Verbrauch der erzeugten Gütermenge notwendige Kaufkraft zu entwickeln.

N. S. Stone ließ die internationale Seite der Frage außer Betracht. Auch wir wollen seinem Beispiel an dieser Stelle folgen, um seine sonstigen Darlegungen genauer nachprüfen zu können. Stone aber behauptet, daß die Auffassung von der Unvermeidlichkeit der Wirtschaftskrisen veraltet sei, daß die Bedeutung der Krisen übertrieben werde und in Wirklichkeit niemals zu einem Zusammenbruch zu führen brauche. Denn der moderne Kapitalismus, wie er sich in Amerika herausgebildet habe, besitze Elastizität, Anpassungsfähigkeit und ökonomische Voraussicht genug, um Krisengefahren zu erkennen und ihnen im voraus durch Vorbeugungsmittel finanzpolitischer und sonstiger Art zu begegnen.

Der sozialistische Kritiker, der noch mit verheerenden Krisen rechne, übersähe die große Zahl der Wege, auf denen der Kapitalist über das Surpluseinkommen verfügen könne, wobei er gleichzeitig neue Arbeitsgelegenheit schaffe. Er übersähe die Tatsache, daß sich der Kapitalismus in einem Zustand der Entwicklung und des Wachstums befinde, das an Größe und Tempo alle früheren Entwicklungsstadien weit hinter sich lasse. „Wir häufen mehr Reichtum in einem Jahre an, als früher in Dekaden geschah. Wir schaffen neue Industrien fast über Nacht und wir dehnen den Stand der vorhandenen Industrien durch die verbesserten Arbeitsmethoden und Verminderung der Herstellungskosten derart aus, daß dadurch Artikel in den Kaufbereich der großen Massen gebracht werden, die noch gestern als Luxusgegenstände betrachtet wurden.“ Siehe Automobile, Motorräder, Radio usw. Diese Dinge, die in einem knappen Lebensalter geschaffen wurden, absorbierten Milliarden Dollars von Kapital und gaben Armeen von Arbeitern Beschäftigung. So betrage der Wert der Automobilherzeugung in den Vereinigten Staaten allein 5 Milliarden Dollar jährlich, wovon 750 Millionen Dollar auf die Löhne entfielen. Das investierte Kapital belaufe sich gleichfalls auf Milliarden von Dollar. Und die Automobilindustrie habe zugleich die Ausgaben von Hunderten von Millionen Dollar jährlich durch den Bund, die Einzelstaaten und die Lokalverwaltungen für Automobilstrafen und dergleichen verursacht. So finde der Mehrwert, auch der in wachsendem Umfang neu erzeugte, stets neue, mächtige Kanäle zum Abfluß in die Volkswirtschaft.

Stone gab dann einige Einzelzahlen. Nach dem Einkommensteuerbüro der Vereinigten Staaten habe sich im Jahre 1924 das Nettoeinkommen der Gesellschaften in den Vereinigten Staaten auf 7478 Millionen Dollar belaufen. Davon seien 3437 Millionen Dollar Dividenden gezahlt worden, während der Rest in den Kassen der Gesellschaften geblieben sei. An Zinszahlungen seien zudem von diesen Gesellschaften 3444 Millionen Dollar geleistet worden, so daß der Mehrwert — um den Marx'schen Ausdruck zu gebrauchen — insgesamt nahezu 11 Milliarden Dollar betragen habe. Und zwar sei diese Summe nach Abzug von 3168 Millionen Dollar für Abnutzung und Amortisation verblieben. Diese mehr als 8 Milliarden Dollar seien also verausgabt worden, um verbrauchte und veraltete Maschinerie und Gebäude zu ersetzen, wodurch eine zusätzliche Nachfrage nach Arbeit geschaffen worden sei.

Was aber sei aus den anderen 11 Milliarden geworden, die den Unternehmungen selbst und den Aktienbesitzern zugeflossen seien? Außer einem verhältnismäßig kleinen Teil, der für die Bedürfnisse und den Luxus dieser Schichten verausgabt worden sei, sei die Masse des neu geschaffenen Reichtums dazu verwendet worden, um neue Ansprüche der Industrie zu befriedigen. Das sei geschehen mit den 4 Milliarden, die zur Verfügung der Gesellschaften selbst geblieben seien. Aber auch zum größten Teil mit den zusammen 7 Milliarden, die auf die Dividenden- und Zinsempfänger entfallen seien. Denn die neuen Kapitalanlagen, die 1926 in der Form von Aktien und Obligationen neuen Gesellschaften und alten Gesellschaften für ihre Vergrößerung zugeflossen seien, hätten sich auf 4357 Millionen Dollar belaufen. Für Staats- und Kommunalanleihen, die für öffentliche Anlagen, Schulgebäude, Kanäle, Wege, Wasserwerke usw. Verwendung gefunden hätten, seien 1330 Millionen eingezeichnet worden. So ergebe sich, daß die große Masse des neugeschaffenen Reichtums teils für Löhne, teils für Beschaffung von Rohmaterialien verwendet worden sei, in denen gleichfalls wieder erhebliche Lohnsummen steckten. Und da dieser Vorgang der Mehrwerterzeugung und der Mehrwertverausgabung zu wirtschaftlichen Zwecken sich unausgesetzt wiederhole, sei die Gefahr einer katastrophalen Krise kaum vorhanden. Er glaube sogar mit Nachdruck behaupten zu dürfen, daß die wesentliche Ausschaltung industrieller Störungen auch unter dem kapitalistischen System durchaus möglich sei, wenn nur der Kongreß und die Staaten- und Lokalregierungen jenes Programm einer planmäßigen Verteilung der öffentlichen Arbeiten durchführen würden, das ihnen schon vor Jahren von der American Association for Labor Legislative vorgelegt worden sei.

Stone glaubte noch hinzufügen zu müssen, daß auch unter einem sozialistischen System der Arbeiter nicht den heutigen „Mehrwert“ erben werde, wie orthodoxe Sozialisten glaubten. Denn auch eine sozialistische Wirtschaft könne diesen Wertteil des Arbeitsprodukts nicht einfach unter die Arbeiter verteilen, sondern müsse ebenso sehr die abgenutzten und veralteten Produktionsanlagen erneuern und neue Anlagen schaffen, wie die kapitalistische Betriebsweise, wenn sie nicht rückständig und unproduktiv werden wolle. Diese Bemerkung, die sich gegen die vermeintliche sozialistische Absicht des einfachen Aufteilens des Mehrwerts und des Unternehmergewinns richtet, ist selbst reichlich überaltert. Ich selbst schrieb darüber schon 1921 in meinem Buche „Die Sozialisierung“: „Das alte törichte Mißverständnis, das der Sozialismus teilen wolle, spukt selbst noch in den neuesten Auseinandersetzungen über die Möglichkeit und die Nützlichkeit der Sozialisierung. Man glaubt den Sozialismus dadurch ad absurdum führen zu können, daß man ihm vorrechnet, wie unerheblich für die Steigerung des proletarischen Durchschnittseinkommens es wäre, wenn das Gesamtvermögen oder Gesamteinkommen gleichmäßig auf alle Volksglieder verteilt werde. Man darf sich schon beglückwünschen, wenn einem nicht die Geschichte von den fünf Groschen des seligen Barons v. Rothschild appliziert wird... Der moderne Sozialismus, das könnte nachgerade jedes Kind wissen, denkt gar nicht an eine solche Teilung. Nicht von der Aufteilung des heutigen Unternehmergewinns und seiner Zumeisung

an die Arbeiter erhofft er eine gewaltige Steigerung des Durchschnittseinkommens der Volksgemeinschaft, sondern von jener Nationalisierung des ganzen Wirtschaftsbetriebs, die er von der Anwendung sozialistischer Wirtschaftsprinzipien mit Sicherheit erwarten zu dürfen glaubt. Eine vernünftige Bedarfswirtschaft, die unter denkbarster Ausnutzung der jeweilig zu erreichenden Produktionstechnik die Bedürfnisse der breiten Volksmasse ausgiebig befriedigt, das ist das ebenso natürliche und notwendige, wie realisierbare Ziel des Sozialismus!

Die Darlegungen Stones fanden den Widerspruch des bekannten Sozialisten Algernon Lee. Hinter den optimistischen Glauben, daß die Krisen endgültig der Vergangenheit angehörten, setzte er ein Fragezeichen. Man müsse sich doch den Sinn der historischen Perspektive bewahren. Die Erfahrung von zehn oder zwölf Jahren beweise nichts Endgültiges. Zumal wenn diese Periode ein so ungeheures Ausnahmeeignis einschleife wie den Weltkrieg. Noch 1907/08, noch 1913, ja noch 1920/21 habe auch Amerika seine Krisen gehabt. Verändert habe sich nur der Charakter dieser Krisen im Vergleich zu denen von 1873 oder 1893. Es habe einen geringeren Preissturz, weniger Bankrotte, besonders der großen Finanzkongerne gegeben, und weniger Zusammenbrüche in der Industrie, aber viel Kurzarbeit und viel Arbeitslosigkeit. Was inzwischen eingetreten sei, sei dies: Die Zusammenschlüsse und die Kontrolle der Banken hätten in beträchtlichem Maße mit der ehemaligen Anarchie der Produktion aufgeräumt. Es sei leichter geworden, eine drohende Wirtschaftsstörung vorauszu sehen und durch rechtzeitige und systematische Einschränkung abzuwenden. Die Depression setze weniger plötzlich und weniger heftig ein, indem man sie auf längere Zeit verteile; auch werde ihre Periodizität dadurch verschleiert, daß man die Produktionseinschränkung gleichfalls verteile, so daß heute die eine, morgen die andere Industrie ihre schlimmsten Wirkungen zu fühlen bekomme. Für den Unternehmer und den Kapitalisten sei das wahrscheinlich eine Verbesserung, da es ihm Zeit gewähre, sich zu sichern. Vom Standpunkt der Arbeiter jedoch sei man versucht zu sagen: Je mehr es sich ändert, desto mehr bleibt es die alte Geschichte!

Was es immer mit der Periodizität der Krisen auf sich habe, die dem Kapitalismus innewohnende Tendenz zur Überproduktion und zur Vergrößerung der Arbeitslosigkeit bleibe, so fährt Algernon Lee fort, ein Ergebnis der verbesserten industriellen Technik auch für die Gegenwart. Trotz aller künstlichen Anreizung der Kauflust und der gewaltig gestiegenen Produktivität existiere heute eine starke Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten, um von der Arbeitslosigkeit aller anderen kapitalistischen Länder Europas, Japans und Australiens gar nicht erst zu sprechen. Der direkte Zusammenhang zwischen der wachsenden Produktionskraft und der Arbeitslosigkeit sei nachdrücklich illustriert durch Anna Rochesters Schrift über die „Löhne in den Vereinigten Staaten“, wonach in den Fabrikindustrien des Landes die Gütererzeugung von 1919 bis 1925 um 40 vH wuchs, während zu gleicher Zeit die durchschnittliche Arbeiterzahl dieser Industrien um 10 vH sank.

Leider existiert keine amtliche Arbeitslosenstatistik in den Vereinigten Staaten. Immerhin beweist die von der American Federation of Labour, dem amerikanischen Gewerkschaftsbund, seit 1927 aufgenommene Teilstatistik, daß der Hinweis Algernon Lees auf den großen Umfang der Arbeitslosigkeit leider nur zu berechtigt ist.

Aber auch andere statistische Untersuchungen, die im Auftrag der American Federation of Labour in den letzten Jahren durchgeführt worden sind, beweisen, daß das „amerikanische Wirtschaftswunder“ des letzten Jahrzehntes zwar auch in bescheidenem Maße den Arbeitern zugute gekommen ist, aber unendlich weit davon entfernt blieb, die Ansprüche der breiten Arbeitermassen nach einem einigermaßen menschenwürdigen Dasein zu befriedigen. So ergeben die sorgfältigen Berechnungen einer als Referentienmaterial für die Gewerkschaftsbeamten bestimmten Broschüre „Wages in Manufacturing Industries 1899 to 1927“, daß unter Zugrundelegung der amtlichen Zahlen

zwar die Durchschnittslöhne der Arbeiter dieser Industrien von 426,15 Dollar im Jahre 1899 auf 519,62 Dollar im Jahre 1914 und auf 1301,80 Dollar im Jahre 1927 gestiegen sind, daß aber das Wachstum der Reallöhne wegen der gleichzeitigen Steigerung des Lebenshaltungsindex von 100 auf 251 nur 21,8 vH betrug. Oder anders ausgedrückt: wenn der Dollar im Jahre 1927 derselbe Dollar, das heißt der Dollar mit der gleichen Kaufkraft gewesen wäre wie 1899, so ergäbe sich folgende Einkommenssteigerung:

Jahr	Reallohn in Dollar	Reallohn vH	Jahr	Reallohn in Dollar	Reallohn vH
1899	426,15	100,0	1922	471,04	110,5
1904	427,75	100,4	1923	503,08	118,1
1909	392,77	92,2	1924	518,01	121,6
1914	384,62	90,3	1925	504,65	118,4
1919	424,85	99,7	1926	512,20	120,2
1920	446,43	104,8	1927	510,07	121,8
1921	457,66	107,4			

Im Jahre 1914 waren also die Reallöhne um 9,7 vH niedriger als 15 Jahre zuvor. Seitdem sind sie um zirka 80 vH gestiegen und heute um etwa ein Fünftel höher als vor drei Jahrzehnten. Das ist doch wahrhaftig kein Grund zum Jubeln. Zumal wenn man bedenkt, daß nach einer Berechnung des United States Department of Labor der Betrag, der „notwendig ist, um eine Familie von fünf Köpfen im Zustande der Gesundheit und Anständigkeit zu erhalten“, im Jahre 1927 nicht weniger als 2850 Dollar ausmachte, wogegen der Durchschnittslohn in den Fabrikindustrien nur 1301 Dollar betrug, für die Arbeiter der Südstaaten der Union sogar nur 917 Dollar!

Wenn also der Kapitalismus keine größeren „Wirtschaftswunder“ zuwege bringt, so wird er — trotz des Autos, des Rundfunks, des Flugzeugs und der Welttraumrakete — den Sozialismus als Schöpfer eines vernünftigen Gesellschaftszustandes wahrhaftig nicht überflüssig machen!

...

Bücherbesprechung

Die Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten. Zweite Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 11. Februar 1929. Erläutert von Dr. med. et phil. M. Bauer, Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium, Dr. med. S. Engel, Regierungsrat und Mitglied des Reichsgesundheitsamts, Prof. Dr. B. Koelsch, Ministerialrat im Bayerischen Ministerium für Landwirtschaft und Arbeit, Bayerischem Landgewerbearzt und Dr. jur. S. Krohn, Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium. Heft 12 der Schriftenreihe zum Reichsarbeitsblatt „Arbeit und Gesundheit“, herausgegeben von Prof. Dr. Martined, Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium. Berlin 1929, Verlag von Reimar Hobbing. 356 S.

Die Verordnung vom 11. Februar 1929 bedeutet an sich einen wesentlichen Fortschritt auf dem Gebiete der Anerkennung der Berufskrankheiten. Studiert man aber die ganze Verordnung kreuz und quer durch, so fallen noch viele Lücken auf. Dazu kommen noch zahlreiche Unklarheiten, deren Beseitigung in berufene Hände gehört. Eine Reihe von namhaften Praktikern auf dem Gebiete des Arbeitsschutzes haben sich zusammengefunden, um die gesamten Fragen, die mit der Entstehung der Berufskrankheiten zusammenhängen, zu erläutern. Der Hauptwert liegt für uns im dritten Teil des Buches, der nahezu die Hälfte des Gesamtwerkes beansprucht: in der Erläuterung über sämtliche 22 in der Verordnung aufgezählten Krankheiten. Hier wird das Vorwissen, das Krankheitsbild und die Verhütungsmassnahmen ausführlich geschildert. Leider ist die Darstellung nicht überall leicht. Die ersten beiden Teile geben uns den Wortlaut der Verordnung und die Erläuterung dazu. Der vierte Teil enthält den Überblick über die ausländische Gesetzgebung auf dem Gebiete der Berufskrankheiten und die internationalen Übereinkommen und Empfehlungen zu ihrer Ent-

schädigung und Verhütung. Die Verfasser haben sich die Mühe gegeben, möglichst vollständig zu sein. Insofern ist für uns das Buch wertvoll und zum Teil unerlässlich. Es lag ihnen jedoch fern, viele lächerhafte Stellen in der Verordnung mit vollem Nachdruck aufzudecken. Diese Aufgabe gehört eher den Gewerkschaftskreisen. Solange wir aber kein Buch aus einem Gewerkschaftsverlag besitzen, das in bezug auf die Ausführlichkeit und Sorgfältigkeit dem rezensierten Buch ebenbürtig ist, ist die Anschaffung des vorliegenden Werkes für die Gewerkschaftsbibliotheken zu Nachschlagzwecken zu empfehlen.

M. Kantorowicz, Berlin.

Richtlinien über Gesundheitsfürsorge in der versicherten Bevölkerung vom 27. Februar 1929. Erläutert von Prof. Dr. Martined, Ministerialdirigent im Reichsarbeitsministerium, und Dr. Wankelmuth, Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium. Mit einemleitwort von Dr. Grieser, Ministerialdirektor im Reichsarbeitsministerium. Heft II der Schriftenreihe zum Reichsarbeitsblatt „Arbeit und Gesundheit“. Berlin 1929, Verlag von Reimar Hobbing. IV, 220 S. Preis 6 Mk.

Die Richtlinien über Gesundheitsfürsorge bedeuten eine gesetzliche Regelung für die Rationalisierungsbestrebungen der Versicherungsträger und der Organe der öffentlichen Gesundheitsfürsorge, die bereits seit einigen Jahren in Form von Arbeitsgemeinschaften ihre segensreiche Tätigkeit ausüben. Zwar entsprechen die Richtlinien der Tendenz, das schadenverhütende Prinzip dem schadenausgleichenden voranzustellen, doch sind sie deshalb ein Kompromißprodukt, weil sie sich nur auf die Bekämpfung der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten beschränken. Der Rheumatismus und andere Volkskrankheiten bleiben damit vorläufig noch unberücksichtigt. Um aber den Kampf um die Ausdehnung der Richtlinien erfolgreich führen zu können, muß man den gesamten Problemkomplex gut kennen. Für diesen Zweck ist das vorliegende Buch sehr gut geeignet. Es gibt uns einen wertvollen Aufschluß über das Wesen der Gesundheitsfürsorge, über die Entstehungsgeschichte der Richtlinien, der Arbeitsgemeinschaften usw. Den Hauptinhalt aber bilden die ausführlichen Erläuterungen der Richtlinien. Im Anhang sind Satzung von Arbeitsgemeinschaften und verschiedenes weiteres Material wiedergegeben.

M. Kantorowicz, Berlin.

Sibney und Beatrice Webb: Das Problem der Armut. Jena 1929. Verlag Eugen Diederichs VI, 218 S.

Dieses Werk der englischen Genossen ist eine Reproduktion des ersten, noch vor dem Kriege erschienenen, von der Genossin Helene Simon übersetzten Werkes. Der Vorzug der zweiten Auflage liegt aber in dem durchaus lesenswerten Vorwort, das eine Reihe von Problemen aufrollt und das ein klares Bild der heutigen sozialpolitischen und sozialfürsorglichen Aufgaben wiedergibt. Die Verfasserin des Vorwortes ist die bekannte Theoretikerin auf diesem Gebiete, S. Bronsky. Ein großer Teil des Buches kann von den deutschen Lesern an sich ruhig übergangen werden, und zwar aus vielerlei Gründen: die englischen Verhältnisse, eine Kritik des Sozialversicherungswezens, wie überhaupt mancher revisionistische Standpunkt der Verfasser, ist für uns nicht maßgebend. Nicht darin aber liegt der Schwerpunkt des Webbschen Werkes, sondern im Beweis der Schädlichkeit der primitiven Armenunterstützung einerseits und der unbedingten Notwendigkeit einer rationalen, wissenschaftlich fundierten sozialen Fürsorge andererseits. Dies ist um so wichtiger, als in der kapitalistischen Gesellschaft die Armut unvermeidlich ist. Zu den Hauptursachen der Armut gehören die Arbeitslosigkeit und die Wohnungsnot. Die Verfasser schlagen rationale Beseitigungsmittel dieser beiden Übel vor. Was darüber hinaus geht, muß vor allem auf individuellem Wege der sozialen Fürsorge beseitigt werden. Das anregungsvolle Buch der englischen Genossen ist trotz mancherlei Kritik zur Anschaffung für die Gewerkschaftsbibliotheken sehr zu empfehlen.

Anna Kantorowicz.